NABU legt positive Jahresbilanz 2013 vor - 540.000 Mitglieder und Förderer

NABU legt positive Jahresbilanz 2013 vor - 540.000 Mitglieder und Förderer

Tschimpke: Große Koalition muss mehr für den Umweltschutz tun
Der NABU konnte auch im vergangenen Jahr wieder auf breite Unterstützung in der Bevölkerung bauen: 540.000 Mitglieder und Förderer engagierten sich 2013 für den mitgliederstärksten deutschen Umweltverband (Vorjahr: 520.000). Den größten Teil der Einnahmen von insgesamt 32,2 Millionen Euro (Vorjahr: 29,5 Millionen Euro) machten mit 16,5 Millionen Euro die Mitgliedsbeiträge aus (2012: 15,8 Millionen Euro). Die Spendengelder erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr leicht auf 4,5 Millionen Euro (2013: 4,3 Millionen Euro). Der Anteil der Verwaltungskosten lag bei 3,6 Prozent der Gesamtaufwendungen. Konstant blieb die ehrenamtliche Naturschutzarbeit vor Ort: 35.000 NABU-Aktive sind bundesweit in 2.000 Gruppen organisiert.
Anlässlich der Vorstellung des Jahresberichts 2013 in Berlin zog NABU-Präsident Olaf Tschimpke eine verhaltene umweltpolitische Bilanz der bisherigen Arbeit der Großen Koalition. "Zwar wurden wichtige Punkte wie der Hochwasser- und Gewässerschutz sowie eine naturverträgliche Energiewende in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Nun müssen die Hebel in Bewegung gesetzt werden, um auch tatsächlich Erfolge zu erzielen", so Tschimpke. Vor allem die naturverträgliche Energiewende - ein zentrales Anliegen des NABU - drohe aus dem Blick zu geraten.
"Mit den veränderten Zuständigkeiten beim Bundesumwelt- und -wirtschaftsministerium orientiert sich die Umsetzung der Energiewende zu sehr an den wirtschaftlichen Interessen", sagte Tschimpke. Zwar habe die Bundesregierung - auch auf Initiative des NABU - das Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende auf den Weg gebracht, das 2015 an den Start gehen soll. Das als Clearingstelle von Konflikten zwischen ökonomischen Interessen und Naturschutzbelangen gedachte Kompetenzzentrum laufe Gefahr, durch die Beanspruchung der Federführung durch das Bundeswirtschaftministerium zum verlängerten Arm der Wirtschaftslobby zu werden.
"Die Energiewende als zentrale Herausforderung für eine zukunftsfähige Klimapolitik wird nur Akzeptanz finden, wenn die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in die Planung einbezogen und Natur- und Artenschutzbelange berücksichtigt werden. Aus NABU-Sicht kann eine naturverträgliche Energiewende nur mit Hilfe von mehr Energieeffizienz, einem bedarfsgerechtem Ausbau von Wind- und Solaranlagen sowie neuer Stromleitungen und -speicher gelingen.
Der NABU fordert ein klares Verbot der Fracking-Technologie in Deutschland. Die für ein Fracking-Gesetz vorgelegten Eckpunkte von Bundesumwelt- und Bundeswirtschaftsministerium enthalten zu viele Ausnahmeregelungen. Ein Fracking-Moratorium bis 2021 für Schiefergas- und Kohleflözgasvorkommen aus unkonventionellen Lagerstätten lediglich bis 3000 Meter Tiefe sowie die Zulässigkeit von Vorhaben zur Forschung und Entwicklung ist aus NABU-Sicht unzureichend.
Der NABU-Jahresbericht ist im Internet zu finden unter www.NABU.de/Jahresbericht2013

Naturschutzbund Deutschland e.V NABU
Charitéstraße 3
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/284 984-1510
Telefax: 030-284 984-2000
Mail: presse@NABU.de
URL: http://www.nabu.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=574854" width="1" height="1">

Pressekontakt

Naturschutzbund Deutschland e.V NABU

10117 Berlin

nabu.de
presse@NABU.de

Firmenkontakt

Naturschutzbund Deutschland e.V NABU

10117 Berlin

nabu.de
presse@NABU.de

Der Naturschutzbund Deutschland e.V. - NABU - möchte Menschen dafür begeistern, sich durch gemeinschaftliches Handeln für die Natur einzusetzen. Wir wollen, dass auch kommende Generationen eine Erde vorfinden, die lebenswert ist, die über eine große Vielfalt an Lebensräumen und Arten, sowie über gute Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden und ein Höchstmaß an endlichen Ressourcen verfügt.Mehr als 390.000 NABU-Mitglieder setzen sich für die Natur ein - als aktive Umweltschützer oder engagierte Förderer. Sie sind in rund 1.500 lokalen Kreisverbänden und Ortsgruppen in ganz Deutschland organisiert und vornehmlich ehrenamtlich tätig.